

Wie stabil sind die konfuzianischen Demokratien?

Nach den Wahlen in Südkorea und Taiwan

Kay Möller

Am 15. April 2004 verhalfen die südkoreanischen Wähler einer bis dahin unbedeutenden linksliberalen Partei, die sich zur Entspannung der Beziehungen mit Nordkorea bekennt, zur absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung. Einen Monat zuvor war Taiwans Präsident Chen Shuibian mit einer Politik im Amt bestätigt worden, die die Eigenständigkeit des Landes gegenüber der Volksrepublik China betont. Noch vor zehn Jahren wären solche Vorgänge weder in Taiwan noch in Südkorea denkbar gewesen. Sie vollziehen sich vor dem Hintergrund einer verschärften inneren Polarisierung, die die Frage nach der Stabilität der beiden ostasiatischen Demokratien und damit nach ihrer Bedeutung als Modell für die Gesamtregion aufwirft.

Ostasiatische Führer wie der frühere singapurische Premierminister Lee Kuan Yew haben die These vertreten, daß sich westliche Mehrparteiendemokratie nicht mit konfuzianisch geprägten Gesellschaftssystemen verträgt. Seit Ende der achtziger Jahre wird diese These ausgerechnet in zwei »konfuzianischen Kernstaaten« widerlegt: Nachdem sich das südkoreanische Militär aus der Politik zurückgezogen und die taiwanesischen Kuomintang ihr Machtmonopol geopfert hat, sind in beiden Staaten lebendige Demokratien entstanden, ohne daß es in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zu signifikanten Rückschlägen gekommen wäre.

Ob es bei dieser Vorreiterrolle bleibt, wird seit den Wahlen des Frühjahrs 2004

von den »konfuzianischen Widersachern« Nordkorea und China, aber auch in den jungen Demokratien selbst in Frage gestellt. Während die Wahlergebnisse in beiden Fällen eine zunehmende Politisierung der jüngeren Bevölkerung reflektieren, sind sie gleichzeitig Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem bisherigen gesellschaftlichen Konsens und den ihn tragenden Institutionen. Die Brisanz dieses Wandels ergibt sich aus dem Umstand, daß sich Südkorea und Taiwan formal weiter im Bürgerkrieg befinden.

Die Parlamentswahlen in Südkorea

Mit der Eroberung von 152 von 299 Sitzen des südkoreanischen Parlaments durch die

Uri(»Unsere«)-Partei kontrolliert erstmals seit 1960 eine linksliberale Formation die Nationalversammlung in Seoul. Die Uri wurde erst im September 2003 gegründet. Damals zerbrach die Millennium Democratic Party (MDP) von Präsident Roh Moo-hyun in zwei Fraktionen, nachdem sich die Mehrheit einer von Roh angestrebten Parteireform verweigert hatte. Der Präsident war daraufhin aus der MDP ausgetreten und hatte Sympathien für die neue Partei bekundet, die in der Nationalversammlung lediglich über 49 von 270 Sitzen verfügte.

Am 12. März 2004 sprach die Oppositionsmehrheit dem Präsidenten nach nur dreizehn Monaten im Amt wegen Unterstützung der Uri im Parlamentswahlkampf, Inkompetenz und Korruption das Mißtrauen aus. Das südkoreanische Verfassungsgericht muß die erwirkte Amtenhebung binnen sechs Monaten bestätigen oder rückgängig machen. Interimspräsident wurde Premierminister Goh Kun.

Nach Bekanntwerden des Votums verlangten 50 000 Demonstranten in Seoul die Wiedereinsetzung Rohs. Die Demonstrationen wurden mehrere Tage bei etwas geringerer Beteiligung fortgesetzt. Angesichts rückläufiger Umfragewerte war die Grand National Party (GNP) als größte Oppositionspartei bemüht, das Uri-Thema herunterzuspielen und den Korruptionsvorwurf in den Vordergrund zu rücken. Bei der Wahl am 15. April verlor sie dennoch 16 Parlamentssitze. Nordkorea hatte kurz zuvor wegen der »instabilen politischen Lage« im Süden Routinegespräche abgesagt, die USA für das Mißtrauensvotum gegen Roh verantwortlich gemacht und die südkoreanischen Wähler aufgerufen, für Uri zu stimmen. Roh Moo-hyun hat die Wahl zu einem Vertrauentest gemacht, seine Wiedereinsetzung erscheint jetzt mehr als wahrscheinlich.

Roh verdankte seinen knappen Wahlsieg im Dezember 2002 insbesondere der Tatsache, daß er die verbündeten USA wegen deren vergleichsweise konfrontativer Nordkoreapolitik kritisiert und damit antiamerikanische Demonstrationen ausgelöst hatte.

Einmal an der Macht, dämpfte er seine Amerikakritik aus Rücksicht auf ausländische Investoren. Ende 2003 entschied der Präsident, etwa 3000 Soldaten, darunter Kampftruppen, in den Irak zu entsenden. Wirtschaftspolitisch orientierte sich Roh an seinem Vorgänger Kim Dae-chung (1998–2002), der damit begonnen hatte, Staatsbetriebe zu privatisieren und große Mischkonzerne zu dezentralisieren. Während sich die wirtschaftliche Lage insgesamt stabilisierte, erreichte die Arbeitslosigkeit kurz nach Rohs Amtsantritt einen neuen Höchststand von 3,6 Prozent. Südkorea erlebte daraufhin eine Serie von Streiks, die der neue Präsident zunächst mit Konzessionen an die Gewerkschaften und später mit polizeilichen Mitteln zu beenden suchte.

Als die MDP zerfiel, war Rohs Zustimmungsrate in der Bevölkerung drastisch von 70 auf 30 Prozent geschrumpft. Verantwortlich war neben dem generellen Zickzackkurs ein Wahlkampffinanzierungsskandal, in den drei Präsidentenberater verwickelt waren. Im Oktober 2003 kündigte Roh an, bis Jahresende ein Referendum über seine Politik durchführen zu wollen. Diese Absicht wurde jedoch nicht in die Tat umgesetzt, die Parlamentswahlen waren gewissermaßen der Ersatz. Erstmals seit Beginn der Demokratisierung hat nun ein linksliberaler Präsident in Südkorea eine eigene Mehrheit im Parlament.

Die Präsidentschaftswahlen in Taiwan

Am 20. März 2004 wurde Taiwans Präsident Chen Shuibian mit 50,1 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Ein zeitgleich veranstaltetes Referendum über einen Ausbau der taiwanesischen Raketenabwehr und Bemühungen um Vertrauensbildung mit Peking verfehlte das Quorum um 3 Prozent. Chens knapper Sieg – er bekam weniger als 30 000 Stimmen mehr, als er zum Erreichen der Mehrheit benötigte – war vermutlich darauf zurückzuführen, daß er selbst und Vizepräsidentin Annette

Lu während einer Wahlkampfveranstaltung am 19. März von einem Attentäter verletzt worden waren.

Unmittelbar nach der Wahl verlangte der Oppositionskandidat Lien Chan eine erneute Auszählung der Stimmzettel. Andere Oppositionspolitiker reichten eine Klage wegen Wahlbetrugs ein, der sich Lien wenig später anschloß, indem er auf 330 000 ungültige Stimmen und darauf verwies, daß die wahlberechtigten Sicherheitskräfte durch den Anschlag in Anspruch genommen und so an der Stimmabgabe gehindert waren. Chen stimmte der Neuauszählung nach anhaltenden Massendemonstrationen und einer amerikanischen Démarche zu. Ob tatsächlich Wahlbetrug vorlag, wird derzeit durch das Oberste Gericht geprüft.

Die chinesischen Medien hatten die Wahlen in Taiwan ignoriert, die Führung in Peking äußerte sich zunächst zurückhaltend. Erst nachdem Chen am 27. März vorbehaltlich der Neuauszählung offiziell zum Wahlsieger erklärt worden war, ließ das Amt für Taiwan-Angelegenheiten verlauten, man werde nicht untätig zusehen, wenn die Unruhen auf der Insel »außer Kontrolle« gerieten. Während eine militärische Eskalation derzeit unwahrscheinlich erscheint, kann sie mittelfristig nicht mehr ausgeschlossen werden.

Hatte Nordkorea die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Südkorea im Sinne der Entspannungspolitik Roh Moo-hyuns beeinflußt, verdankte Chen Shuibian seinen Sieg der Pekinger Weigerung, die De-facto-Unabhängigkeit Taiwans zu akzeptieren und eine grundsätzliche Drohung mit Gewalt zurückzunehmen. Chen, dessen Democratic Progressive Party (DPP) aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangen ist, hatte die Wahlen 2000 mit nur 39 Prozent der Stimmen gewonnen, weil die Opposition aus Kuomintang (KMT) und People First Party (PPF) gespalten und eine Stichwahl nicht vorgesehen war. 2002 hatte die Opposition ein Wahlbündnis geschlossen. Spitzenkandidat Lien Chan hatte in den Umfragen lange Zeit geführt, weil er

im Interesse der Wirtschaftsbeziehungen für ein Arrangement mit China eintrat und ankündigte, das Souveränitätsproblem aus bilateralen Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen ausklammern zu wollen. Im Herbst 2003 war es dem Präsidenten gelungen, seine Position mittels einer indirekten Thematisierung der Unabhängigkeitsfrage zu verbessern. Er verlangte eine Verfassungsnovelle, und die DPP brachte im Parlament einen Gesetzentwurf zur Ermöglichung von Volksabstimmungen ein. Kurz zuvor hatten Zehntausende auf den Straßen Taipeis für eine Umbenennung der Republik China in »Republik Taiwan« demonstriert.

In ihrem Bemühen, die Offensive zurückzugewinnen, gab die KMT ihren grundsätzlichen Widerstand gegen beide Vorhaben auf. Um das Referendum vom 20. März 2004 ohne eine anderenfalls zwingend vorgeschriebene Beteiligung des von der Opposition dominierten Parlaments zu ermöglichen, bediente sich Chen eines juristischen Kunstgriffs und erklärte, die ca. 500 Taiwan gegenüber dislozierten chinesischen Kurzstreckenraketen seien Ausdruck einer militärischen Aggression.

Lähmung? Radikalisierung?

Die Wahlen in Taiwan und Südkorea signalisieren eine fortschreitende Polarisierung der beiden Gesellschaften, die unmittelbaren Bezug zu den anhaltenden Bürgerkriegssituationen hat. Ursächlich ist die Konsolidierung eines überwiegend von der jungen Generation getragenen Nationalismus, der so lange im außerparlamentarischen Raum um sich gegriffen hat, bis ihn eine neue Generation demokratischer Politiker für sich entdeckte. Für die Einschätzung des Phänomens spielt die Tatsache, daß es im einen Fall für und im anderen Fall gegen Vereinigung wirkt, eine untergeordnete Rolle.

Die Demokratisierung in Taiwan und Südkorea war Ende der achtziger Jahre von den Herrschaftseliten selbst eingeleitet worden, weil sie sich mit erstarkenden

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Mittelklassen und einem veränderten internationalen Umfeld konfrontiert sahen. Die Ergebnisse unterschieden sich allerdings deutlich in bezug auf formelle und informelle politische Strukturen. Während die staatlichen Institutionen in Taiwan angesichts einer fragmentierten Wirtschaft und einer schwachen Zivilgesellschaft relativ stark und unabhängig blieben, traten Südkoreas Institutionen mit einem langjährigen Erbe aus Vetternwirtschaft und bürokratischer Dominanz bereits angeschlagen in die neue Ära ein. Deshalb überstand Taipei die ostasiatische Krise von 1997/98 besser als Seoul, und deshalb konnte die taiwanesishe Führung im Unterschied zur südkoreanischen den neuen Nationalismus jedenfalls bisher kontrollieren und dosieren. Während Nationalismus in der Inselrepublik von Anfang an ein Mittelklassenphänomen war, wurde er in Südkorea von diversen gesellschaftlichen Strömungen getragen, die sich noch unter der Militärdiktatur in Gewerkschaften, Studentenvereinigungen und Kirchen organisiert hatten. Und während die südkoreanischen Eliten und Mittelschichten die von Kim Dae-chung eingeleitete Entspannungspolitik gegenüber Nordkorea angesichts der Kosten der deutschen Einheit als Versuch interpretierten, eine Vereinigung auf längere Frist zu vertagen, verstand die außerparlamentarische Opposition sie als außenpolitische Wende.

Dabei nahm die Versuchung der Politik, sich den neuen Nationalismus zu Diensten zu machen, auf beiden Seiten in einem Maße zu, daß die Bush-Administration mit partieller Distanzierung reagierte, was im südkoreanischen Fall zur Teilnahme an der Irak-Mission und im taiwanesischen Fall vermutlich zum Scheitern des Referendums führte. Die Dissonanzen werden eher noch zunehmen. Andererseits steht eine Neudefinition der amerikanischen Rolle in Nordostasien ohnehin an, und man wird einräumen müssen, daß Pyöngyang und Peking an den anhaltenden Spannungen mindestens ebensoviel Schuld trifft wie Seoul und Taipei.

Darüber hinaus kann man Roh Moo-hyun wie Chen Shuibian eine Beschädigung demokratischer Institutionen vorwerfen, ebenso gilt aber auch, daß diese Institutionen ihrerseits strukturelle Defizite aufweisen und der Reform bedürfen. So hatten die großen südkoreanischen Parteien bisher den Charakter regional orientierter Präsidenten-Wahlvereine, während die taiwanesishe Verfassung vorsieht, daß der Regierungschef zwar vom Präsidenten bestellt wird, aber einem Parlament verantwortlich ist, das ihn wahlweise blockieren oder auf Kosten des Präsidenten stärken kann. Durch diesen Mechanismus wird eine Koalitionsbildung erheblich erschwert. Die Wahlen haben einem Umdenken in der politischen Praxis beider Staaten zusätzlich Nahrung gegeben.

Grundsätzlich, und in Europa vielleicht schon vergessen, ist Polarisierung aber ein Wesensmerkmal der Demokratie, jedenfalls solange sie sich nicht in Identitätsfragen erschöpft. Diese Gefahr scheint in Südkorea insofern gemindert, als die erwähnten gesellschaftlichen Strömungen nun erstmals auch eine politische Heimat gefunden haben. In Taiwan bleibt ein Restrisiko, wenn Chen Shuibian, wie kurz nach der Wahl angekündigt, mit seinem Projekt einer Verfassungsreform Ernst macht. Gleichzeitig ist es aber zu einer chinapolitischen Annäherung der Hauptkontrahenten DPP und KMT gekommen (in Seoul hat die neue GNP-Vorsitzende eine Überprüfung der Nordkoreapolitik ihrer Partei angekündigt).

Im übrigen verhindert die militärische Bedrohung in beiden Fällen riskante Entscheidungen. So hat sich der südkoreanische Interimspräsident zu besseren Beziehungen mit den USA bekannt und ein Festhalten am Engagement im Irak signalisiert. In Taiwan könnte ein langanhaltender Streit um das Wahlergebnis vorübergehend eine politische Lähmung bewirken. Grundsätzlich aber bleiben die konfuzianischen Demokratien stabiler als die konfuzianischen Nichtdemokratien mit ihrer fragilen legitimatorischen Basis.